



Nach der NRW-Wahl: Verkehrte Welt

Jetzt ist es amtlich: Bei der NRW-Wahl im Mai hielten CDU-Stammwähler die SPD für die bessere Wirtschaftspartei. Sie gaben ihre Stimme den Sozialdemokraten, wählten FDP oder blieben direkt ganz zu Hause. Spätestens jetzt steht fest: Der Glaube, die CDU könne mit linken Positionen die politische Mitte für sich in Anspruch nehmen, ist ein Irrglaube.

Natürlich werden Wahlen in der Mitte gewonnen. Aber wer meint, dass eine Mitte ohne klare Kante zu haben ist, hat nichts verstanden. Wahl kommt von wählen und wählen setzt Unterscheidbarkeit voraus. Wir werden in Zukunft keine Wahlen mehr gewinnen, wenn wir unsere Kraft darauf verwenden, im Weichspülgang eine vermeintliche Mitte zu erobern, während wir dabei klammheimlich unser Profil verlieren. Die Wahlkampfstrategie der so genannten asymmetrischen Demobilisierung, bei der durch das Auflösen von Positionen versucht wird, die potenziellen Wähler des politischen Gegners zu demotivieren, ist klar gescheitert. Die so genannte Mitte haben wir mit diesem Konzept nicht gewonnen.

Was heißt überhaupt „Mitte“? Die Mitte, so scheint es, ist überall. Alle reden von ihr und alle vertreten sie. CDU, SPD, FDP und Grüne – sie alle verstehen sich als Parteien der Mitte. Seit Neuestem kämpfen auch die Piraten um die Mitte. Um die Mitte der Zukunft. Glaubt man den politischen Parteien, ist die Mitte, wer bei Stuttgart 21 gegen die Deutsche Bahn demonstriert. Die Mitte ist Mitglied der Occupy-Bewegung und die Mitte ist, wer unter dem Motto „Normal ist anders“ mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin feiert.

Aber: Wo sind die Stimmen derjenigen, die morgens eilig zur Arbeit gehen, nachdem sie sich nach dem Frühstück von ihrer Familie verabschiedet haben? Wo sind die Stimmen derjenigen, die morgens die regionale Tageszeitung lesen, abends die Tagesthemen sehen und ihre Meinung mit ihren Freunden



Dr. Carsten Linnemann MdB, Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand der MIT NRW, Bundesvorstandsmitglied der MIT

diskutieren? Wo sind diejenigen, die nach dem sonntäglichen Spaziergang durch den Park ihre Abfälle im Mülleimer entsorgen? Sie alle hören wir nicht. Meine Vermutung ist: Die schweigende Mehrheit ist zu langweilig für die Schlagzeile in der Zeitung. Aber ist das wirklich unser Konzept? Eintreten für diejenigen, die lautstark immer mehr fordern im Vertrauen darauf, dass die anderen schon mitlaufen werden? Wo sind die Lobbyisten für die 60 Millionen so genannten „kleinen“ Leute in der Mittelschicht und im Mittelstand Deutschlands?

Glaubt man den Medien, gibt es eine Vielzahl von schweigenden Mehrheiten im Land. Ich habe den Eindruck, dass sich die eine oder andere selbst ernannte schweigende Mehrheit in Wahrheit jedoch oft eher als brüllende Minderheit entpuppt. Manchmal brüllt die Minderheit dabei so laut, dass die Mehrheit denkt, die Minderheit sei die Mehrheit. Und was macht die Politik? Sie lässt sich vor den Karren spannen und verfährt nach dem Motto: Wer am lautesten

brüllt, hat Recht. Es wird Zeit, dass sich das ändert.

Wenn wir diese schweigende Mehrheit, die ganz normalen Familien und Familienunternehmen, zurückgewinnen möchten, dann müssen wir ihnen wieder zuhören. Es wird höchste Zeit, dass wir die Menschen wieder mit ihren Themen erreichen. Dazu zählen: Arbeit, Steuern, Familie und unsere marktwirtschaftliche Ordnung. Beim Thema Arbeit müssen wir wieder deutlich machen, dass derjenige, der arbeitet signifikant mehr erhält als derjenige, der nicht arbeitet. Die Familienpolitik muss sich wieder stärker auf die Familie konzentrieren und sich von der Wirtschaftspolitik emanzipieren. Beim Thema Steuern müssen wir konsequent an den Beschlüssen des Leipziger Parteitages aus dem Jahr 2003 festhalten. Das derzeitige Steuersystem ist nicht mehr reformfähig. Wir brauchen nach wie vor ein einfaches, gerechtes und transparentes Steuersystem. Und zu guter letzt müssen wir uns wieder auf unsere Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen. Es kann nicht sein, dass die FDP, wie jüngst im Zusammenhang mit der Schlecker-Insolvenz, die Grundsätze Ludwig Erhards propagiert, während die CDU nach Staatshilfen ruft. Für mich ist die Sache klar: Wir haben uns zu lange um die Laufkundschaft gekümmert. Nun ist es Zeit, dass wir wieder unsere Stammkunden bedienen!

+++ Termine +++ Termine +++

15.09.2012

15. Landesdelegiertenversammlung der MIT NRW

„Unser Land – für Industrie und Mittelstand“

mit großer Wirtschaftsschau und vielen prominenten Gästen

Medio Rhein-Erft, Bergheim

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Aus dem Landesverband

Wie sieht das aus mit der Europäischen Normung? Interview mit Dr. Markus Pieper MdEP

Für die Entwicklung des EU-Binnenmarktes hat Normung einen entscheidenden Beitrag geleistet: während es EU-weit Ende der 80er Jahre noch 150.000 Normen gab, wurden diese auf aktuell knapp 19.000 Normen reduziert. Die Wirtschaft hat erkannt: „Wer die Norm macht, hat den Markt“. Im Sommer 2012 verabschiedet das Europäische Parlament eine Verordnung zur Europäischen Normung. Ein Meilenstein in der Entwicklung der europaweiten Vereinheitlichung.

NRW-Report: Was ist neu an diesem Verordnungsvorschlag zur Europäischen Normung?

Pieper: Bisher lag die Gesetzgebung zu europäischen Normen nur Richtlinien zugrunde, die jeder Mitgliedsstaat individuell umsetzen konnte. Nun basiert die Zusammenarbeit der 27 Mitgliedsstaaten zum ersten Mal auf einer Verordnung. Diese neue Gesetzesregelung verdeutlicht den Stellenwert, welcher Normung auf europäischer Ebene inzwischen zugute kommt. Eine wissenschaftliche Studie hat beispielsweise ergeben, dass „Normen alleine in Deutschland einen Wachstumseffekt von 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts haben“. Europäische Normen tragen vor diesem Hintergrund maßgeblich zur Vollendung des EU-Binnenmarktes bei. Dies war auch der Grund dafür, warum die Verordnung den Anwendungsbereich inzwischen von Produkten auf Dienstleistungen ausgeweitet hat. Die klassische Normung galt beispielsweise für Produkte der Medizintechnik. Wer heutzutage gewährleisten möchte, dass ein Produkt sicher ist, orientiert sich hierbei an europäischen Normen. Die Initiative, Produkte europäisch zu regeln, kam damals aus der Privatwirtschaft selbst. Nun soll es auch für Dienstleistungen gelten.

NRW-Report: Normen für Dienstleistungen – mit welchem Ziel?



Pieper: Zunächst einmal sollte klargestellt werden, dass Dienstleistungsnormen nicht in die Berufsqualifikationsregelungen eines Mitgliedsstaates eingreifen. Dies war eine Besorgnis, die viele deutsche Verbände hier äußerten. Im Europäischen Parlament haben wir uns daher besonders dafür eingesetzt, dass Kommission und Interessensvertreter sich zunächst untereinander einigen, welche Normungsaufträge zu vergeben sind und in welchen Dienstleistungsbereichen dies überhaupt sinnvoll ist. Umzugs- oder Sicherheitsdienste sind praktische Beispiele. Normung klärt hier darüber auf, welche Dienstleistungskategorien ein Kunde nutzen kann und welche Qualitätsunterschiede es dabei gibt. Gleichzeitig erlaubt es dem Unternehmen, sich dem jeweiligen Markt besser anzupassen. Gerade für die deutsche, qualitativ hochwertige Dienstleistungsgesellschaft ist es in diesen Fällen von Vorteil, europaweit einheitliche Regelungen sicherzustellen, denn das öffnet den Markt. Ich hoffe,

dass Dienstleister die Chance wahrnehmen, an Europäischen Normungsprogrammen teilzunehmen, denn wer eine Norm bestimmt, bestimmt den europäischen Markt.

NRW-Report: Welche Auswirkungen hat die Verordnung auf Unternehmen des deutschen Mittelstandes?

Pieper: Ein Artikel der Verordnung befasst sich konkret mit Regelungen für kleine und mittlere Unternehmen. Hier hat man sich am deutschen Vorbild orientiert: KMUs sollen sich ohne großen Aufwand am Normungsprozess beteiligen können und einen besseren Zugang zu neuen Normen erhalten. Auch der Erfahrungsaustausch zwischen KMUs europaweit ist hier von unschätzbarem Wert. Ich appelliere an den deutschen Mittelstand, in ihren Normungsaktivitäten nicht nachzulassen, denn dies wird meines Erachtens in Zukunft immer wichtiger.

NRW-Report: Normung verfolgt der Ruf, langsam zu sein. Bringt die Verordnung hier Abhilfe?

Pieper: In der Tat war es uns ein besonderes Anliegen, den Normungsprozess innerhalb der EU zu beschleunigen. Erst nachdem die Verordnung umgesetzt ist, kann man jedoch beurteilen, ob dies gelungen ist. Was mich sehr freut, ist die neue Zwei-Monatsfrist der EU-Kommission, um eine Finanzierungszusage für ein beauftragtes Normungsprojekt zu erhalten. In der Vergangenheit dauerte dies deutlich länger. Auf der anderen Seite sehe ich aber die Gefahr, dass eine klare Frist nicht dem Aufwand und der Komplexität eines Projektes gerecht werden könnte. Das müssen wir im Auge behalten. Lediglich ein Kompromiss war für das Parlament die Einführung des Prüfverfahrens für Normungsaufträge. Wir fordern, dass diese Praxis nach zwei Jahren neu evaluiert wird.

Noch mehr Informationen, rund um die Uhr, finden Sie im Internet unter www.mit-nrw.de.

++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++

Krieg um die Talente

Gerade jetzt, wo sich der Aufschwung langsam aber sicher aus der Deckung wagt, stecken wir mittendrin in einem Krieg. Unternehmen nahezu aller Industriebranchen, Handel und Dienstleister wissen ein Lied davon zu singen. Zu wenig Schulabgänger, die ausreichendes Vorwissen für eine erfolgreiche Lehre mitbringen. Hochschulabsolventen, die nur marginale praxisnahe Ausbildungsabschnitte genossen haben und mangelnde Bereitschaft von Fachleuten mit erster Berufserfahrung, die Heimatregion oder gar das Bundesland zu verlassen – die Reihe der Probleme ist ebenso lang wie die Klagen laut.

Insbesondere Klein- und mittelständische Unternehmen konkurrieren am Arbeitsmarkt um die seltenen Fachkräfte mit großen Unternehmen. Manche meinen, dass es genügt die Unternehmenskultur zu modernisieren, interne Bürokratie abzubauen und hohe Gehälter zu zahlen. Trotzdem laufen die Besten ihren Unternehmen immer öfter davon und der Kon-



Mark W. Scherpf, Spezialist der Deutschen Vermögensberatung (DVAG) für Firmenkunden

kurrenz in die Arme. Neben Gehalt und innovativer Unternehmenskultur gilt es diese Talente also langfristig an sich zu binden, aber womit?

Eine langfristige Bindung basiert in allen Bereichen unseres Lebens immer auf einem grundlegenden Faktor: Sicherheit, und zwar langfristige Sicherheit. Deshalb muss der mittelständische Unternehmer geeignete Instrumente finden um Mitarbeiter an sich zu binden. Hervorragende Instrumente zur langfristigen Mitarbeiterbindung sind und bleiben zusätzliche Sozialleistungen in Form einer betrieblichen Altersversorgung. Diese genießt bei Arbeitnehmern eine hohe Wertschätzung und verschafft einem Unternehmen zusätzliche Attraktivität.

Zudem erzeugen intelligente Versorgungskonzepte an den Unternehmenserfolg angelehnte Versorgungsbausteine. Vorteil für das Unternehmen: Der Versorgungsaufwand kann an das Unternehmensergebnis gekoppelt werden. Liquiditätswirksam wird die Versorgung also erst in wirtschaftlich guten Zeiten. Damit bleibt der Aufwand für den Unternehmer überschaubar und planbar.

MIT Bad Lipspringe

Schauerte bei der Arminius-Verleihung: „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“

Die Mittelstandsvereinigung Bad Lipspringe hat den Direktor des heimischen Best Western Premier Park Hotels, Torsten Kiene, mit dem Mittelstandspreis „Der Arminius“ ausgezeichnet. Alt-Bürgermeister Willi Schmidt würdigte als Laudator den Preisträger als einen „engagierten Kämpfer für Bad Lipspringe und für den Mittelstand.“ Mit diesem Preis ehrt die Badestädter MIT Unternehmenspersönlichkeiten, die unternehmerische Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung in vorbildlicher Weise verbinden und deren Handeln durch die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft geprägt ist. Der kommissarische MIT-Vorsitzende Raphael Schäfers zitierte in diesen Zusammenhang aus der Sozialenzyklika „caritas in veritate“ von Papst Benedikt: „Die Wirtschaft ist das, was Menschen aus ihr machen.“ Vor diesem Hintergrund werde deutlich, wie wichtig und notwendig es sei, dass sich Unternehmerinnen und Unternehmer mit Ideenreichtum und Kreativität sowohl für eine menschenwürdige und lebensdienliche Wirtschaft stark machen als auch sich weit darüber

hinaus für eine solidarische Gesellschaft einsetzen. In Anwesenheit der beiden CDU-Landtagskandidaten im Kreis Paderborn, Volker Jung und Daniel Sieveke, hielt der MIT-Landesvorsitzende Hartmut Schauerte kurz vor der NRW-Landtagswahl die Fest-

rede zum Thema „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“ und mahnte dabei insbesondere die derzeitige Schuldenpolitik an. Hier müsse die Demokratie das „Maß“ finden, auch wenn dies nicht immer populär sei.



Auszeichnung mit dem Mittelstandspreis „Der Arminius“, von links: Raphael Schäfers, Torsten Kiene, Hartmut Schauerte, Volker Jung und Daniel Sieveke sowie Willi Schmidt.

Aus dem Landesverband

Führungsriege der MIT NRW zu Gesprächen in Brüssel

Natürlich spielte das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl eine große Rolle bei den Gesprächen, die der Geschäftsführende Landesvorstand der MIT NRW drei Tage nach dem Wahldesaster in Brüssel führte, eine große Rolle. Bei den Treffen mit den

Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper, Herbert Reul sowie einer sehr ausführlichen und langen Konsultation mit dem EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, ging es aber vornehmlich um Fragen der Industrie- und der Energiepolitik.



Es zeigten sich viele gemeinsam Positionen in Bezug auf die aktuellen Herausforderungen der Energiewende sowie die Notwendigkeit einer europäisch abgestimmten Energiepolitik. Einen ganzen Tag beriet man sich in Parlament und Kommission und nutzte auch die Gelegenheit, grundsätzliche Fragen der zukünftigen Ausrichtung unserer Partei zu diskutieren.

MIT Bezirk Bergisches Land

Der Bergische Löwe 2012 heisst Udo Di Fabio

„Der Bergische Löwe ist besonnen und klug, aber auch besonders mutig und durchsetzungsstark.“, so fasste der MIT Bezirksvorsitzende Norbert Hüsson die Anforderungen an einen Preisträger des „Bergischen Löwen“ zusammen. Und in 2012 hat der Bergische Löwe gar italienische Wurzeln und eine Herkunft aus dem Ruhrgebiet, was eine gewissen Bodenständigkeit mit sich zu bringen scheint.

Mit einer brillanten Laudatio durch Professor Dr. dres. Paul Kirchhof wurde der Sohn eines italienischstämmigen Bergmanns aus dem Ruhrgebiet, Professor Udo Di Fabio in diesem Jahr ausgezeichnet. Der Bundesverfassungsrichter des 2. Senates und heutige Dozent an der Universität Bonn erläuterte in seinem Vortrag „Europas Wege aus der Krise“ die Vertragsgrundlage der Maastricht Verträge. Eine wichtige Rolle spielten dabei seine Erklärungen, warum ein aus der Klemme helfen (bail out) ausdrücklich nicht vertraglich vereinbart worden sei. Das Bundesverfassungsgericht billigte den Vertrag 1993 und schrieb dabei zur Nichtbestandsklausel: „Diese Konzeption der Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft ist Grundlage und Gegenstand des deutschen Zustimmungsgesetzes... Sollte die Währungsunion die bei Eintritt in die dritte Stufe vorhandene Stabilität nicht kon-

tinuierlich im Sinne des vereinbarten Stabilisierungsauftrages fortentwickeln können, so würde sie die vertragliche Konzeption verlassen.“ Das Gericht kündigte damals an, in einem solchen Fall einzuschreiten. Hierzu meinte Norbert Hüsson: „Die Rechtsprechung des BVerfG als Cantus firmus scheint ein Muss für eine Vorreiterfunktion auch für andere Verfassungsgerichtshöfe oder obersten Gerichte zu sein. Denn die erklärte Zielsetzung des Bundesverfassungsgerichtes ist, die Grundsätze von Demokratie

und Rechtsstaatlichkeit – auch und gerade in der europäischen Union – zusammen und in Kooperation mit den Organen der EU – zu stärken“

In einer begeisternden Rede machte Di Fabio die Eckpfeiler der Europäischen Verträge und die Verfassungswirkungen auf Deutschland klar und setzte viele kritische Ausrufezeichen. Eine würdiger Bergischer Löwe, der da von der MIT für Tatkraft, Durchsetzungsfähigkeit und klare Ausdrucksweise in der Politik geehrt geehrt wurde.



Professor Schulhoff, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, der Stellvertretende Landesvorsitzende der MIT Wolfgang Leyendecker, Norbert Hüsson, Professor Dr. Di Fabio sowie Dr. Köster, Leiter des Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft der Handwerkskammer.



MIT Köln

Bundesfinanzminister Schäuble zu Gast bei der MIT

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach im Haus des Kölner Handwerks vor Gästen der MIT Köln über die Finanzpolitik der Bundesregierung, die Währungs- und Eurokrise und die Notwendigkeit einer nachhaltigen Sparpolitik. Der Minister ist ein energischer Verfechter der Schuldenbremse und einer stabilen Geldpolitik in Deutschland und Europa. Die vergangenen Jahre hätten bewiesen, so Schäuble, dass die Sparpolitik das wirtschaftliche Wachstum nicht gebremst hätte. Im Gegenteil, es habe Vertrauen in die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik geschaffen und Unternehmen veranlasst zu investieren und Verbraucher zu konsumieren. Schäuble äußerte sich klar gegen eine lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Eine großzügige Liquiditätsversorgung durch das Eurosystem dürfe nicht dazu führen, dass Regierungen notwendige Anpassung und Strukturereformen aufschieben würden. Hilfe für in der Krise befindliche Länder könne es nur gegen Auflagen geben. Schäuble erteilte auch weiteren Steuererhöhungen eine Absage. Die Abgabenlast in Deutschland sei hoch genug. Der Staat müsse die richtige Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben finden. Die Schuldenbremse in Deutschland ist festgeschrieben. Nach dieser Regelung soll die strukturelle, also nicht konjunkturbedingte, jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen.



Kreisvorsitzende Birgit Gordes dankte dem Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble für „die verlässliche, mittelstandsorientierte Politik der Bundesregierung“. Foto: Schittek

Wirtschaftsschau 2012 – vielleicht auch für Ihr Unternehmen

Erneut werden am 15. September die Delegierten und viele Gäste aus Verbänden und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sich bei der MIT treffen und austauschen. Haben auch Sie Interesse, Ihr Unternehmen dort zu präsentieren? Wollen auch Sie als Aussteller Ihre Produkte und Dienstleistungen vorstellen? Dann wenden Sie sich an unsere Landesgeschäftsstelle (Telefon: 0211-1360043/44/45). Die MIT freut sich ganz besonders über Unternehmer/n aus ihren Reihen, denn sie zeigen, wie stark NRW durch seinen Mittelstand ist.



MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU NRW

Stellenausschreibung

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist eine Gliederung der CDU Nordrhein-Westfalen mit etwa 8000 Mitgliedern.

Sie ist in acht Bezirks- und 54 Kreisverbänden sowie vielen Stadt- und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen organisiert. Die Arbeit vor Ort wird in der Landesgeschäftsstelle koordiniert und unterstützt.

In der Landesgeschäftsstelle ist die Stelle einer/s

wissenschaftlichen Mitarbeiterin/s politischen Referentin/en

in Vollzeit oder Teilzeit neu zu besetzen.

Gesucht wird ein Kandidat/eine Kandidatin mit:

- abgeschlossener akademischer Ausbildung im Bereich Politikwissenschaften, Journalismus oder anderen gesellschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen.
- besonderen Fähigkeiten im Bereich der Verbands- und Veranstaltungsorganisation
- einem fundierten Wissen über politische Zusammenhänge und eine enge Verbindung mit christlich-demokratischen Überzeugungen
- guter Ausdrucksweise in Wort und Schrift

Aufgabenfelder sind:

- inhaltliche und organisatorische Zuarbeit zum Landesgeschäftsführer
- Redaktion des Regionalteils NRW-Report im Mittelstandsmagazin der MIT
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Politische Kommunikation
- Veranstaltungsorganisation
- Mitgliederbetreuung/konzeptionelle Unterstützung der Mitgliederwerbung
- Betreuung und Pflege des Internetangebotes der MIT NRW

Außerdem erwarten wir ein hohes Maß an Teamfähigkeit und sicheres Auftreten im Umfeld von Politik und Wirtschaft.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen bietet Ihnen eine gute Einstiegsmöglichkeit für Ihre Karriere in Wirtschaft oder Politik. Mit vielen Kontakten zu Wirtschaft und Verbänden ermöglichen wir Ihnen, sich beruflich zu etablieren und Erfahrungen zu sammeln.

Die Stelle ist auf zwei Jahre befristet. Senden Sie bitte Bewerbungen mit vollständigem Lebenslauf und Qualifikationsnachweis bis zum **15.08.2012** an die **Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW, Landesgeschäftsführer Stefan Simmnacher, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf** oder aber als pdf an **info@mit-nrw.de**

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW
Wasserstraße 5 · 40213 Düsseldorf Telefon 0211 1360043

Fax 0211 1360042 · stefan.simmnacher@mit-nrw.de · www.mit-nrw.de
Landesvorsitzender Hartmut Schauerte · Landesgeschäftsführer Stefan Simmnacher

Aus dem Landesverband

Nobelpreisträger Yunus sprach beim Symposium zum 80. von Professor Winfried Pinger

Die MIT NRW, der Bundesverband Katholischer Unternehmer (BKU), die AFOS-Stiftung, die Schmitz-Stiftungen, die IHK Köln, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die DEG der KfW Bankengruppe hatten sich zusammengetan, um mir einem großen Symposium den 80. Geburtstag von Professor Winfried Pinger zu begehen. Rund 400 Teilnehmer kamen zum Symposium „Mit Unternehmergeist für nachhaltige Entwicklung“ in die IHK zu Köln. Hauptredner war Friedensnobelpreisträger Prof. Muhammad Yunus aus Bangladesch. Yunus eröffnete seine Rede mit Glückwünschen für den Jubilar: Er habe in seinem Leben das Glück gehabt, Freunde zu finden, die aus dem Nichts auftauchten und ihn dann lange begleitet hätten, sagte er. Einer davon sei Professor Pinger, der vor vielen Jahren nach Bangladesch gekommen sei, um sich vor Ort bei den Menschen über die Lage zu informieren. Die damals gezeigte Leidenschaft habe Pinger auch bei der jüngsten Krise der Grameen-Bank wieder gezeigt und sich für seine Freunde eingesetzt, betonte der Gast. In der Grameen Bank stecke viel Hilfe aus

Deutschland, betonte der Nobelpreisträger. Dabei gehe es weniger um Geld als um eine moralische Rückendeckung für dieses Erfolgsprojekt der Armutbekämpfung. Anschaulich erklärte Yunus das ebenso einfache wie wirksame Konzept der Bank: Die zumeist weiblichen Kunden müssen zunächst kleine Sparbeiträge leisten, bevor sie Mikrokredite für eine Existenzgründung erhalten. Damit möchte der Visionär den Unternehmer wecken, der aus seiner Sicht in jedem Menschen steckt.

Eine große Erfolgsgeschichte schrieben die „Telephone Ladies“. Gegen Ende der 1990er Jahre begann die Grameen Bank damit, mehr als 500.000 arme Frauen in Bangladesch mit Mobiltelefonen auszustatten. Heute gebe es im Lande 80 Millionen Mobiltelefone, berichtete Yunus stolz. Seit 1994 kommt die Bank, die „armen Frauen gehört“, ohne fremdes Kapital aus. Mittlerweile wurden die anfänglichen Hygieneforderungen an die Kunden ausgeweitet: So verpflichten sich heute alle Kreditnehmer dazu, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Seit einigen Jahren arbeitet Yunus an ei-

ner weiteren Vision: dem Social Business. Hier handelt es sich um Unternehmen, die in erster Linie daran arbeiten, preiswerte Produkte für die Grundversorgung der Armen zu produzieren:

Die Rede von Nobelpreisträger Muhammad Yunus wurde durch weitere Redebeiträge und zwei Panels flankiert, die BKU-Geschäftsführer Martin Wilde moderierte. Zum Auftakt warnte der Präsident der IHK zu Köln, Paul Bauwens-Adenauer, vor der „deutschen Schwäche“, wieder alles dem starken Staat zu überlassen, der schon so oft enttäuscht habe. Er lobte Yunus Ansatz, selbst Mittel zu finden, um den Armen zu helfen. Der Gründer des Komitees Cap Anamur, Rupert Neudeck, räumte mit dem „Kinderglauben“ auf, dass die Menschen in den Entwicklungsländern so arm seien, weil sie faul sind. „Die Mehrheit der armen Menschen sind faktisch Unternehmer“, betonte er. Der Landesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung NRW, Hartmut Schauerte, lobte Yunus für seinen Weg, die Raiffeisen-Idee von der Hilfe zur Selbsthilfe für Afrika zu übersetzen. Dabei habe er auf kleine, dezentrale Einheiten gesetzt, in denen die Menschen etwas bewegen können. Die BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött, MdB, setzt darauf, dass die Märkte vor Ort die besten Lösungen für die drängenden Probleme der jeweiligen Regionen finden. Professor Dr. Peter Molt von der Universität Trier flankierte dies mit der Forderung nach mehr Subsidiarität: Entwicklungshilfe müsse die solidarischen Kräfte vor Ort unterstützen – nicht die Regierungen. Jubilar Winfried Pinger warnte in seinem Schlusswort: „Almosen sind schädlich! Dauersubventionen sind schädlich! Anschubfinanzierungen sind gut!“, fasste er sein Credo zusammen und ergänzte: „Man muss den Menschen mehr vertrauen, dann werden Kräfte entwickelt, die man vorher nicht für möglich gehalten hätte!“



Gruppenbild mit Nobelpreisträger, von links: Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU-NRW, Hartmut Schauerte, die BKU-Bundesvorsitzende Marie-Luise Dött MdB, Prof. Muhammad Yunus, Jubilar Prof. Dr. Winfried Pinger, IHK-Präsident Paul Bauwens-Adenauer und der Sprecher der DEG-Geschäftsführung, Bruno Wenn. Foto: Peter Unterberg

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Stefan Simmnacher (verantwortlich)

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf,

Tel.: 02 11-1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11-1 36 00 42/8 54 95 97, Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: CW Niemeyer Druck GmbH, Böcklerstraße 13, 31789 Hameln



MIT Rhein-Sieg-Kreis

Di Fabio: „Ist die Staatsverschuldung verfassungswidrig?“

Vor 17 Jahren wurde der Frühjahresempfang der MIT Rhein-Sieg vom damaligen Vorsitzenden Hans-Günter Burgwinkel gegründet. Längst ist er eine der wichtigsten politischen Veranstaltungen im Rhein-Sieg-Kreis. MIT über 200 Teilnehmern sich im Forum des Siegburger Stadtmuseums war auch in diesem Jahr das Interesse sehr groß. Der konnte zahlreiche Vertreter aus Politik und Wirtschaft begrüßen. Mit dem Gastredner Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio hatte der Kreisvorsitzende Norbert Nettekoven einen der führenden Intellektuellen des Konservatismus gewinnen können. Der Staatsrechtler war bis 2011 Richter beim Bundesverfassungsgericht und lehrt an der Universität Bonn. Sein Thema „Die Stabilität der öffentlichen Haushaltswirtschaft als Verfassungsproblem“ hätte angesichts der Finanzkrise und der Entwicklung in Griechenland aktueller nicht sein können. Die derzeitige „Eurokrise“, deren Ursache in erster Linie die unkontrollierte Staatsverschuldung ist, stellt eine Herausforderung dar, der sich Deutschland stellen muss. Di Fabio wies darauf hin, dass die Verfassung vorgibt, wie man zu ausgeglichenen Haushalten kommt.



Professor Di Fabio (3. von links) fühlte sich richtig heimisch im Kreise der MIT

Dass die Politik dem wirtschaftlichen Wachstum oft den Vorrang vor diesem Verfassungsgebot gibt, hält di Fabio durchaus für richtig. Er machte aber klar, dass eine wachsende Verschuldung irgendwann von Dritten bezahlt werden müsse. Und das sei nach allen Erfahrungen der Mittelstand, der nach soliden Stabilitätsgrundlagen wirtschaftete. Besonders warnte er vor steigenden Transferleistungen innerhalb der EU. Jeder Staat müsse seinen Haushalt auf Stabilitätsgrundlagen stellen. Trotz aller rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Probleme

sieht di Fabio die Grundfesten des Staates derzeit nicht bedroht. „Die Geschichte lehrt, dass Staaten sich auch aus sehr dramatischen Haushaltsnotlagen innerhalb kürzester Zeit befreien können“, machte der Staatsrechtler Mut. Wie sehr dieses hochkomplexe Thema die Zuhörer bewegte, zeigte die anschließende angeregte Diskussion, an der sich viele Teilnehmer mit hohem Interesse und großem Sachverstand beteiligten. „Dies war wieder ein Meilenstein in einer immer wieder hochkarätigen Veranstaltungsreihe“, kommentierte einer der Gäste den Vortrag.

MIT Troisdorf

Tag der offenen Tür bei der MIT

Zu einem Tag der offenen Tür hatte die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Troisdorf in ihre Geschäftsstelle geladen. Der Vorsitzende Martin Böhm konnte zahlreiche Mittelständler, Repräsentanten der Stadt, der Banken und Mandatsträger aus Bundes- und Landtag begrüßen. Die mittlerweile traditionelle Veranstaltung war geprägt von angeregten Diskussionen zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen. Insbesondere die einen Tag später stattfindende Landtagswahl bot viel Gesprächsstoff, ebenso die Anregung der MIT-Troisdorf zur Versetzung des kleinen Stadttors auf den neu entstehenden Platz zwischen Rathaus und neuer Veranstaltungshalle, die auch in der Öffentlichkeit auf intensive Resonanz gestoßen ist.

Die angenehmen Witterungsbedingungen erlaubten es, die Veranstaltung unter freiem Himmel im Garten der Geschäftsstelle abzuhalten. Dort war ein Stück DDR-Mauer, das hier seinen Platz hat, nicht zuletzt durch die künstlerische Gestaltung durch den Troisdorfer Künstler Rolf Mallat eindrucksvoller Blickfang.



Von links: Walter Meißner, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB, Martin Böhm und Steuerberater Norbert Pischel

MIT Kaarst

Die Demografische Entwicklung als Chance und Herausforderung

Jürgen Steinmetz, allgemeiner Vertreter des Landrats und Franz-Josef Moormann, Bürgermeister von Kaarst diskutierten bei der MIT über die Veränderungen der Alterspyramide und die Folgen für die Kommunen.

Steinmetz sieht dabei nicht den Bevölkerungsrückgang, sondern die Verschiebung des Altersaufbaus als größte Herausforderung. Kaarst und der Rhein-Kreis Neuss seien aber darauf gut vorbereitet. Moormann sieht die Gestaltung des Altwerdens als Gemeinschaftsaufgabe: „Es bedarf Menschen und Initiativen, die bereit sind Wohnprojekte auf die Beine zu stellen, in denen eine funktionierende Nachbarschaft im Alter als Wohngemeinschaft bestehen bleiben.“ Zu Gast war auch der Landtagsabgeordnete Lutz Lienenkämper.



Von links: Jürgen Steinmetz, Markus Steins, Vorsitzender MIT-Kaarst, Lars Christoph, Stadtverbandsvorsitzender der CDU, Lutz Lienenkämper MDL und Franz-Josef Moormann.

„Doch, da steht viel drin – viel Beunruhigendes“

Ich halte nicht viel davon, einen Koalitionsvertrag fünf Minuten nach dessen Vorstellung schon zu rühmen oder zu zerreißen. Man sollte sich Zeit nehmen und auch den Blick zwischen die Zeilen riskieren. Nun, mehrere Wochen nach Abschluss der rot-grünen Koalitionsverhandlungen, erdreiste ich mich eines Kommentars. Für den Mittelstand steht da viel Interessantes drin. Und mal sehen, ob der neue Wirtschaftsminister Duin ebensolchen Spaß wie sein Vorgänger mit dem grünen Freund im Umweltministerium, Herr Remmel, haben wird.

Beginnen wir mit dem Dreiklang „Gezielt sparen – in Zukunft investieren...“ und – aufgepasst – „...Einnahmen erhöhen“. Also Steuern erhöhen. Fängt ja schon mal sehr mittelstandsfreundlich an, möchte man da lästern. Die Vermögenssteuer soll eingeführt werden. Der Spitzensteuersatz soll erhöht werden. Kein Wort von Bekämpfung der kalten Progression in dem Zusammenhang. Also wird dies die Mittelschicht voll treffen. Diejenigen Facharbeiter, die knapp über 50.000 Euro pro Jahr verdienen. Stattdessen will man eine Ausbildungsgarantie. Bei den Studierenden will man gar, dass „alle Studierwilligen ein erfolgreiches Studium in NRW abschließen können.“ Dann kann man ja Prüfungen und Qualitätsanforderungen an unsere Lehrlinge und Studenten gleich weglassen. Von der Förderung guter Leistung und Eigenverantwortung keine Rede. Arbeitsmarktpolitische Instrumente – die früher schon nicht funktioniert haben – will man verstärken. Und das Wissen hat man auch in der Landesregierung. „Wir wissen: Je länger Kinder eine Kindertagesstätte besuchen desto besser sind ihre späteren Bildungsabschlüs-

se“. Die Studien dazu sind nicht immer so eindeutig. Jedenfalls weiß ich, dass Eltern kein „überflüssiges Hemmnis“ der Kindererziehung sind.

Aber SPD und Grüne wissen, was gut für uns ist. Familienzentren sind eine Erfolgsgeschichte der CDU/FDP-Regierung. Nun sollen diese nur noch in „sozial benachteiligten Stadtteilen“ ausgebaut werden. Und man fragt sich, ob mit kommerziell privatwirtschaftlich arbeitenden Hilfsagenturen – die man nicht will – in dem Sachzusammenhang Kindertagespflege die privatwirtschaftlich arbeitende Tagesmutter oder der private Kindergarten gemeint sind? Demokratie- und Lebensbildung: Dabei ist die Rede von „Finanzkompetenz“ und „Verbraucherkompetenz.“ Das Wort „Wirtschaftskompetenz“ scheuen die Linken wie der Teufel das Weihwasser.

Beim BaföG strebt man eine „teilweise Elternunabhängige Studienfinanzierung an“ Wir werden erfahren, was damit gemeint ist. Ach so, damit sind wir beim Geld: Umbau der WestLB ist schon ein sprachlicher Scherz. Aber bei der vorsorgenden Schuldenpolitik kommt ein wirklich interessantes Sprachgebilde zustande. Fazit: „Ordentlich Schulden machen lohnt sich.“ Das Tariftreuegesetz soll offenbar „mittelständische Unternehmen von unnötigen bürokratischen Hemmnissen entlasten und Vertrauen zwischen öffentlichen Verwaltungen und Wirtschaft stärken...“. Aha! EU-Strukturfonds sollen aus einem Guss eingesetzt werden. Die Nachtigall kann man beim Trapsen nicht überhören: Sie werden ins Ruhrgebiet wandern. Man wird nämlich „Steuerungsmechanismen entwickeln, um strukturschwache Regionen mit EFRE Mitteln zu unterstützen.“



Ein Schmankerl ist auch „Gemeinwohlorientierte Wirtschaft stärken“: Finanzierungsmöglichkeiten verbessern, bevorzugt Bürgschaften geben. Genossenschaftsmodelle fallen hier nur drunter, wenn sie den Wertvorstellungen der Regierung entsprechen. „Die energieintensive Industrie kann die Energiewende durch neue Geschäftsfelder mit gestalten und davon profitieren. Muss ich nicht verstehen, denn erstmal ist deren Produktionsstandort NRW gefährdet, aber später wird es klarer: Man will diese nur dann beim Preis bevorzugen, wenn sie Bedingungen im Bereich Energiemanagement erfüllen. Der heilige Bürokratius wird sich melden. Übrigens: Man sollte nicht, wie die SPD und die Grünen, von Industrie, sondern von Industrien reden. Manche Industrien sind sehr mittelständisch geprägt und Industrien in NRW sind sehr vielschichtig aufgestellt.

Zum Schluss das Glanzlicht des Koalitionsvertrages: Die „Johannes-Rau-Forschungsinstitute“ sollen mehr Geld bekommen. Forschungsförderung ist wichtig, aber warum gerade diese neun Institute? Soll es zusätzliche Forschungsfelder geben? Was es wohl in Zusammenhang mit Johannes Rau noch zu erforschen gibt? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.